

71

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Ercheint jeden Sonnabend.
Jahresabnehmer Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei einzel Bekleidung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände und Gewerksvereine
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Wirtschafts-Rat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 22/23.

Zweigen pro Zeile:
Gesellschaftl. 40 Pf., Familienanz. 20 Pf.
Verbinden. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamen und Expeditoren:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Gesamtpreis: Amt Alexander, Nr. 430.

Nr. 23/24.

Berlin, Sonnabend, 23. März 1918.

Fünfundzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf! — Beitragsreform. — Unsere Krisen-
erfahrungen im Jahre 1917. — Die Frauenarbeit in der
Uebergangswirtschaft. — Allgemeine Rundschau. —
Aus dem Verbands- — Literatur.

Aufruf!

Während im Osten die Morastwölke des Frie-
dens heraufdämmert, wollen unsere verlebten
westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht
reichen. Sie wägen noch immer, uns mit
Waffengewalt zu Boden ringen zu können. Sie
werden erkennen müssen, daß das deutsche Schwert
die alte Schärfe besitzt, daß unser braves Heer un-
widerstehlich im Angriff, unerschütterlich in der
Verteidigung, niemals geschlagen werden kann.
Von neuem ruft das Vaterland und fordert die
Mittel von uns, die Schlagfertigkeit des Heeres
auf der bisherigen stolzen Höhe zu halten. Wenn
alle heißen, Stadt und Land, reich und arm, groß
und klein, dann wird auch die S. Kriegs-
anleihe sich würdig den bisherigen Geldleihen
anreihen, dann wird sie wiederum werden zu einer
echten rechten deutschen Volksanleihe.

Beitragsreform.

In nächster Zeit findet eine Reihe General-
versammlungen und Delegiertenversammlungen von Gewerks-
vereinen statt, die ganz besonders wichtige Auf-
gaben zu bearbeiten haben. Zu Ostern tagen die
Fabrik- und Handarbeiter und die Frauen und
Mädchen, zu Pfingsten die Maschinenbau- und
Metallarbeiter. Ein großer Teil der von diesen
Tagungen zu bewältigenden Arbeiten wird Vor-
bereitungen für den Frieden betreffen. Daß dabei
die Beitragsfrage eine wichtige Rolle spielen muß,
liegt auf der Hand.

Es ist wahrlich genügend oft von dieser Stelle
aus auf die Menge und die Bedeutung der Auf-
gaben hingewiesen worden, die den Organisa-
tionen der Arbeiter nach Friedensschluss obliegen
werden. Vorbereitungen, die Löhne herabzudrücken,
müssen sich schon jetzt deutlich fühlbar, und sie
werden schließlich von der Arbeiterkraft ganz be-
sonders bitter empfunden werden, wenn die ge-
waltigen Heeresanforderungen einmal aufhören und
Millionen arbeitskräftiger und arbeitswilliger
Leute aus dem Felde heimkehren. Da muß es zu
Reibungen kommen, und Kämpfe, so bedauerlich
und schädlich für unser Wirtschaftsleben sie auch
sein mögen, werden aller Voraussicht nach nicht
ausbleiben. Das Unternehmertum wird sich dabei
der Arbeiterkraft gegenüber in einer verhältnis-
mäßig günstigen Lage befinden. Die Kraft des
Kapitalismus ist durch den Krieg gewaltig ge-
wachsen. Die Streikversicherungsfonds sind bis
an den Rand gefüllt. Die Großindustrie hat
obendrein eine Menge einflussreicher und weitver-
breiteter Tageszeitungen aufgekauft, um jeder-
zeit für sich und ihre Interessen in der Öffent-
lichkeit Stimmung machen zu können. Viele Mil-
lionen sind allein für diesen Zweck aufgewendet
worden. Aber was schadet das? Die Mittel sind
ja da, und sie werden sich reutieren.

Also mit viel stärkeren, widerstandsfähigeren
Gegnern werden die Organisationen der Arbeiter
nach dem Kriege zu tun haben, mit Gegnern, die
von ihrer Macht auch rücksichtslos Gebrauch
machen werden. Die Arbeiterkraft wird nur dann
ein einigermaßen ebenbürtiges Gegengewicht be-
deuten, wenn ihre Organisationen an Mitglieder-
zahl außerordentlich vermehrt und ihre finanzielle
Kraft gestärkt wird. Also agitieren und
die Masse füllen! Das ist jetzt das Gebot der
Stunde. Zum Kriegsführen, das haben wir ja in
diesen Jahren oft genug kennen gelernt, gehört
Geld, und zwar nicht nur zum Krieg zwischen den
Völkern, sondern auch zu den Auseinandersetzun-
gen zwischen Kapital und Arbeit.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt veranlaßt
uns, heute die Aufmerksamkeit besonders auf die
Beitragsfrage zu richten. Der Wert des Geldes ist
ein ganz anderer geworden als vor dem Kriege.
Seine Kaufkraft ist erheblich gesunken. Wer etwas
erwerben will, muß viel höhere Beträge als früher
dafür aufwenden. Da erscheint es uns ganz selbst-
verständlich, daß auch die bisherigen Unter-
stützungssätze, die in den Organisationen üblich
waren, auf die Dauer nicht mehr aufrecht erhalten
werden können. Was soll der Arbeiter mit diesen
Beträgen bei den ungewissen gestiegenen Preisen
anfangen? Es muß ihm mehr abotzen werden.
Das ist aber selbstverständlich nur wörtlich, wenn
höhere Beträge einfließen. Weibliche Organi-
sationen werden also nicht nur können, ihr
Beitragswesen derartig auszusparen, daß sie
den Hauptkassen erheblich größere Mittel zuführen,
die natürlich auch als höhere Leistungen für die
Mitglieder wieder in die Kriseisinnung treten.

Und diese Beitragsreform, wenn wir diesen
Ausdruck einmal gebrauchen, darf nicht bis nach
Friedensschluss verschoben, sondern muß schon
jetzt vorgenommen werden. Gewiß, die Forderung
drückt zunächst auf uns. Andererseits aber sind
doch in sehr vielen Verufen die Löhne derartig,
daß davon ein größerer Betrag als bisher an die
Organisation abgeführt werden kann. Später
wenn die Löhne gesunken sind — und die Zeit
wird leider kommen — ist eine solche Reform viel
schwerer durchzuführen. Und werden uns dann
unser feldmännliche Brüder nicht mit Recht vor-
halten: In der Zeit, wo wir im Felde waren und
Ihr gut verdient habt, wartet Ihr für eine Bei-
tragsreform nicht zu haben; jetzt wo wir zurück-
kommen und die Verdienstmöglichkeiten sich ver-
schlechtert haben, da ist sie auf einmal notwendig.
Solche Vorwürfe, die durchaus nicht der Berechti-
gung entsprechen, dürfen wir uns nicht machen
lassen. Deshalb muß schon jetzt dieser Frage
volle Aufmerksamkeit zugewandt und eine zweck-
mäßige Lösung zu finden gesucht werden.

Die Beitragsfrage, mit andern Worten, muß
auf den bevorstehenden Tagungen mit im Vorder-
grunde der Besprechungen stehen. Es man sich
für eine allgemeine Erhöhung entschließt, oder ob
man den bisherigen Beitragsfüßen nur solche mit
höheren Sätzen hinzuzügt, das soll heute hier gar
nicht unterhandelt oder gar entschieden werden.
Eines steht sich nicht für alle. Was in dem einen
Veruf möglich ist, das ist im andern vielleicht un-
durchführbar. Die Lohnverhältnisse liegen zu
verschiedenartig, um in der Beitragsfrage eine
einheitliche Regelung für alle Berufe durchzuführen
zu können. Aber darüber sollte man sich klar wer-
den: Unter allen Umständen müssen höhere Mit-
tel für die Organisation beschafft werden, die
schließlich ja doch nur wieder Verwendung für die
Mitglieder finden. Diese Auffassung hat gerade
in den letzten Monaten tief überall in der Arbeiter-

bewegung Bahn gebrochen. Wo eine Organi-
sation zu einer Generalversammlung zusammenge-
treten ist, da hat sie sich zu höheren Beiträgen ent-
schließen müssen. Auch in unsern Reihen wird man
sich dieser Notwendigkeit bestimmt nicht verschließen,
und wir haben die Ueberzeugung, daß die
sollegen und Kollegen, die auf den bevor-
stehenden Delegiertenversammlungen für die nächsten Jahre
über das Gesicht ihrer Organisation zu beschließen
haben, sich der hohen Verantwortungen, die sie
zu tragen haben, in vollem Maße bewußt sein
werden. Auf der einen Seite Maßnahmen, daß die
Verbearbeit erleichtert und die Möglichkeit, neue
Mitglieder zu gewinnen, vergrößert wird, auf der
andern Seite Vorkehrungen, daß die Gewerks-
vereinskassen für die kommenden Ausgaben und
Kämpfe gerüstet sind. Darauf kommt es jetzt an,
und wir hoffen zurecht, daß auch nach dieser
Richtung hin die große Zeit, in der wir leben, bei
uns nicht ein kleines Gesicht vorfindet.

Unsere Ortsverbände im Jahre 1917.

Ein Organisationskörper, der sich über ganz
Deutschland erstreckt und die Aufgabe hat, die
allgemeinen Interessen seiner Mitglieder zu
vertreten, kann diese Aufgabe nicht wirkungsvoll
genug lösen, wenn alles nur von einer Zentral-
stelle aus gemacht werden soll. Die Zentralstelle
hat selbstverständlich die erforderlichen Richtlinien
aufzustellen und Anweisungen zu geben. Sie
kann aber ihre Tätigkeit nicht auf die lokalen Ver-
hältnisse derart ausdehnen, daß sie auch die hier-
für notwendigen Arbeiten unternimmt und zur
Durchführung bringt. Hierzu ist eine den Zwecken
entsprechende Dezentralisation notwendig, die bei
uns in den einzelnen Ortsverbänden liegt.
Diese Ortsverbände sind es, die den An-
weisungen der Verbandsleitung und den Beschlüssen
der Verbandstage gemäß die örtlichen Arbeiten
in die Hand zu nehmen und darauf hinzuwirken
haben, daß die Grundidee und Bestrebungen der
Gesamtorganisation in genügender Weise an den
verschiedenen Orten im Deutschen Reich gefördert
werden.

Es ist daher wünschenswert, daß alljährlich die Tätig-
keitsberichte der Ortsverbände in Form von
Fragebogen von der Leitung unseres Verbandes
eingefordert werden und darüber ein summarischer
Bericht veröffentlicht wird. Diese vom Ver-
bandstag beschlossene Maßnahme ist besonders in
der Kriegszeit, die uns an vielen Orten der
führenden und wirklich tätigen Kollegen beraubt
hat, nicht leicht durchzuführen. Sie darf aber nicht
unterlassen werden, wenn eine Betriebsleitung
verhindert und die Wirksamkeit der Ortsverbände
einträchtigt werden sollen. Wie das nun aber
in der Kriegszeit so ist, hat eine Anzahl Ortsver-
bände auch für das verfloßene Jahr, trotz mehr-
fach erfolgter Mahnungen, keinen Bericht eingekandt,
darunter auch größere Ortsverbände, die Bedeu-
tung haben und von denen man unter allen Um-
ständen eine Berichterstattung verlangen kann und
muß. Von den am Jahresabschluss vorhandenen
203 Ortsverbänden haben nur 148 den verlangten
Bericht eingekandt, so daß wir über die restlichen
55 Ortsverbände nichts erfahren haben. Das stellt
diesen Ortsverbandsleitungen ein wenig günstiges
Zeugnis aus und läßt die Folgerung zu, daß sie
leider aus unbekanntem Gründen heraus über ihre
Tätigkeit nichts zu sagen wußten. Wenn aber
große Ortsverbände, von denen man weiß, daß sie
sich in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht
haben, keinen Bericht einleihen, dann muß das
allerdings befremden. Zu diesen Ortsverbänden

gehören u. a. Biberach, Bitterfeld, Danzig, Dena, Zierobn, Rattowitz, Mühlheim a. d. Ruhr, Ulm und Werdohl. Bei den anderen, kleineren Ortsverbänden kann man es verstehen, daß es ihnen während des Krieges oft an Kräften mangelt. Das trifft bei den größeren Ortsverbänden nicht zu, und deshalb ist es doppelt unverfänglich, daß keine Berichte eingekippt worden sind.

Den berichtenden 148 Ortsverbänden waren Ende 1917 im ganzen 917 Ortsvereine angeschlossen gegen 897 am Beginn des Jahres. Demnach haben die berichtenden Ortsverbände im Jahre 1917 einen Zuwachs von 20 Ortsvereinen erhalten. Diese 148 Ortsverbände hatten am Schluß des Jahres 1917 eine Mitgliederzahl von 42 691 gegen 28 709 am Beginn des Jahres; das ist in der Mitgliederziffer ein Mehr von 13 982 gleich 46,8 Prozent. Diese Steigerung bezieht sich natürlich nur auf die berichtenden Ortsverbände. Würden die lässigen Ortsverbände auch berichtet haben, dann käme ein ähnliches Resultat heraus. Aber auch diese Zahlen beweisen schon, daß es vorwärts geht, trotz der Kriegszeit, und daß die so oft gehörte Ausrufe: „Es ist fast nichts zu machen“ keineswegs am Platze ist. Den berichtenden Ortsverbänden stehen aber heute noch 65 Ortsvereine fern, die sich noch immer nicht entschließen konnten, einem Ortsverbände beizutreten. Diese Sonderstellung innerhalb der Gesamtorganisation muß beseitigt und die noch abseits stehenden Ortsvereine müssen zum Anschluß an die Ortsverbände veranlaßt werden, weil der engere Zusammenschluß in Ortsverbänden nicht nur jetzt eine unbedingte Notwendigkeit ist, sondern weil nach Beendigung des Krieges ein solcher Zusammenschluß erst recht erforderlich sein wird, wenn wir uns in der Doffentlichkeit in genügender Weise durchsetzen wollen.

Reugebildet wurden im Jahre 1917 zwei Ortsverbände in Kedinghauhen und Buer-Gassel i. Westf. Die Ortsverbände Gleiwitz und Hindenburg, sowie Rattowitz und Königsbütke haben sich zu zwei größeren Ortsverbänden zusammengeschlossen und damit ihre Leistungsfähigkeit erhöht. Die Zahl der Ortsverbände muß aber noch größer werden; die Voraussetzungen hierzu sind gegeben, und es bedarf nur des guten Willens der leitenden Kollegen an verschiedenen Orten, um neue Ortsverbände ins Leben zu rufen. Wir müssen dabei wieder auf unsere diesbezüglichen Ausführungen in dem vorjährigen Bericht hinweisen und betonen, daß an vielen Orten Ortsvereine verschiedener Bezirke bestehen, ohne daß sich dieselben bisher zu einem Ortsverband zusammenfinden konnten. Es ist doch wirklich nicht zu idaver, die Gründung eines Ortsverbandes zu vollziehen; wenn man die Sache herhaft anfängt, dann geht es auch. Zu diesen fehlenden Orten gehören Bütow i. Pom., Eberswalde i. Brandenburg, Bria, Grünberg, Gowerswerda, Mallmis, Patzschau, Schmiedeberg a. Schl., Neuhaldensleben, Sommerda, Bodum, Gerne, Lüdenscheid, Güsten i. Anhalt, Reupen i. Magd. und andere. Die dortigen Kollegen müssen an die Gründung eines Ortsverbandes herantreten, um die Geschlossenheit in der Organisation zu vervollständigen.

Die erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl berührt aber nicht alle Ortsverbände. An den Orten, wo keine Kriegsindustrie anzutreffen ist, besteht Stodung, teilweise auch ein kleiner Niedgang. Dagegen ist ein anderer Teil der Ortsverbände in der Lage gewesen, die Mitgliederziffer nicht unbedeutend zu erhöhen. An der Spitze steht, wie auch im Vorjahr, Duisburg. Dort ist die Mitgliederzahl von 1900 auf 5239, also um 3339 gestiegen. Dann folgen Neuwied a. Rh. mit einer Zunahme von 1075, Dortmund mit 821, Schwerte mit 757, Schramberg i. Württ. mit 290, Senftenberg in der Lausitz mit 233, Müßfeldorf mit 227, Eisen mit 225, Augsburg mit 196, Oberhausen i. Rheinl. mit 182, Geln und Grefeld mit je 173, Gleiwitz mit 170, Bitten mit 160, Rybnik mit 137, Sam i. Westf. mit 128, Kedinghausen mit 121, Sommerfeld mit 120 Zunahme u. i. f.

Elf neugegründete Ortsvereine sind den Ortsverbänden beigetreten und zwar Maschinenbau- und Metallarbeiter 6, Fabrik- und Handarbeiter 3, Frauen und Mädchen 2. Dagegen mußten 17 Ortsvereine aufgelöst werden, die sich aber zum Teil mit anderen benachbarten Ortsvereinen verschmolzen haben. Das betraf 6 Ortsvereine der Textilarbeiter, 3 der Fabrik- und Handarbeiter, 3 der Maler und je einen der Solnarbeiter, der Lötzer, der Brauer, der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Lederarbeiter.

Die Verammlunastätigkeit der Ortsverbände war auch im Jahre 1917 sehr unterschiedlich. Während einzelne Ortsverbände recht reges Leben zeigten, haben andere wenig oder nichts getan, um durch Verammlungen das Interesse an der Sache zu wecken. Der Ortsverband Neuwied hat die meisten Verammlungen abgehalten, nämlich 18. Dann folgen Sattin-gen mit 14, Duisburg und Maadeburga mit je 12, Gelsenkirchen mit 11, Sam und Schwerte mit je 8, Dessau, Finsterwalde und Karlsruhe mit je 7 Verammlungen. Drei Ortsverbände hielten je 6 Verammlungen ab, 10 Ortsverbände 5 Verammlungen, während 32 Ortsverbände sich auf die jährliche Zahl von 4 Verammlungen beschränkt haben. Teilweise ist man auch noch unter diese Ziffer herabgegangen, indem 22 Ortsverbände je 3 Verammlungen abhielten, 40 Ortsverbände nur 2 und 10 Ortsverbände gar nur eine. Der Rest von 21 Ortsverbänden hat überhaupt keine Verammlungen einberufen; man hat sich dort mit der Erledigung der Geschäfte in den Ausschüssen begnügt. Das ist nicht richtig! Und wenn zur Begründung dieser Unterlassung angeht wird, daß die Kriegsverhältnisse hieran schuld seien, so ist dem entgegen zu halten, daß diese Entschuldigung doch auch auf die rührigen Ortsverbände zutreffen müßte, die trotz des Krieges lebhaft gearbeitet und damit der Organisation zweifellos genützt haben. Veranlassung und Arbeitsgelegenheit bietet sich in Stille und Fülle, daran fehlt es wahrlich nicht. Was auf der einen Seite geht, das muß auf der anderen auch ausführbar sein, wenn auch vielleicht in etwas beschränkterer Maße. Es ist doch kennzeichnend, daß die Ortsverbände, die die meisten Verammlungen abgehalten haben, überwiegend den guten Besuch der Verammlungen loben, während alle anderen, die weniger getan haben, hierüber Klage führen. Daraus kann man mit Recht den Schluß ziehen, daß ein seiner Aufgabe gewachsener Ortsverbandsvorstand in der Lage ist, die Verammlungen so zu gestalten, daß die Kollegen auch gern daran teilnehmen, während dort, wo wenig oder nichts geschieht, das Interesse erlahmt. Diese Lehre sollte man sich überall recht sehr zu Herzen nehmen.

(Schluß folgt.)

Die Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

betrifft eine Eingabe, welche die Gesellschaft für Soziale Reform an Bundesrat und Reichstag gerichtet hat. Nach einem Hinweis auf die Veränderungen, welche die Frauenarbeit während des Krieges erfahren hat, und ihre voraussichtliche Lage in der Uebergangswirtschaft werden folgende Maßnahmen gefordert:

a) Der Arbeiterinnenzuschuß ist wiederherzustellen. Das Verbot der Sonntagsarbeit, der Nachtarbeit und der Heberarbeit für Frauen und Jugendliche ist sofort nach Kriegsende wieder einzuführen. Sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, sind die auf Grund des § 139a der Reichsgerwerbeordnung erlassenen Bestimmungen und der § 137 Abs. 7 RGO. wieder in Kraft zu setzen. Da Frauen während des Krieges in neue, gesundheitschädliche Gewerbegebiete eingezogen sind, für die noch keine Bestimmungen erlassen waren, weil sie vor dem Kriege keine Frauen beschäftigten, ist durch die Gewerbaufsicht eine erneute Prüfung darüber anzustellen, in welchen Beschäftigungen die Frauenarbeit zu verbieten oder mit besonderen Schutzbestimmungen zu umgeben ist.

b) Eine sorgsam durchdachte Arbeitsvermittlung muß unter Einziehung der sonstigen in Frage kommenden Stellen die zur Entlassung kommenden arbeitssuchenden Frauen noch vor dem Zeitpunkt der Entlassung erfassen, ihnen nach Möglichkeit Arbeit verschaffen, Obdachlose in Fürsorge nehmen und Ortsfremde in die Heimat befördern. Zu diesem Zweck müssen die Arbeitgeber verpflichtet werden, bei Entlassungen von mehr als 50 Arbeiterinnen eine achtstägige Kündigungsfrist einzuhalten und der zuständigen Zentralauskunftsstelle acht Tage vorher telephonisch Mitteilung zu machen. Die Arbeiterinnen sind nachdrücklich auf die öffentlichen Arbeitsnachweise hinzuweisen, die auch die Unterbringung Obdachloser zu vermitteln haben. Ortsfremde Arbeiterinnen, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, sind womöglich raschnpweise in die Heimat zu befördern und dem dortigen Arbeitsnachweise bezu. Zentralauskunftsstelle zu überweisen; um einen Anreiz zur Heimkehr zu geben, ist ihnen auf Verweisung des Arbeitsnachweises Fahrpreisermäßigung zu gewähren, auch wenn ihnen in der Heimat nicht sofort Arbeit nachgewiesen werden kann.

Damit die öffentlichen Arbeitsnachweise den hier gestellten großen Aufgaben einer örtlichen und zwischenörtlichen Arbeitsvermittlung und einer systematischen Rückführung der Arbeiterinnen in die Heimat genügen

können, muß in allen größeren, gewerblichen Orten eine eigene weibliche Abteilung beim öffentlichen Arbeitsnachweise geschaffen werden. Auch muß die Möglichkeit vorgehen werden, bei plötzlichen, großen Entlassungen „fliegende“ Arbeitsnachweise sowie: anständig im Betrieb selbst zu errichten. Im übrigen ist erforderlich, daß die weiblichen Abteilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise so leistungsfähig wie möglich gemacht werden. Es ist namentlich für eine ausreichende Ausstattung mit Geldmitteln, notfalls unter Gewährung von Reichszuschüssen, ferner für die Einstellung allgemein, fachlich und sozial gebildeter Beamtinnen und für die Weiterbildung der bereits an den Arbeitsnachweisen tätigen Beamtinnen zu sorgen. Soweit irgend möglich, sind die weiblichen Abteilungen sachlich zu gliedern, da erst dann die besonderen Bedürfnisse der Arbeiterinnen und Arbeitnehmer zu berücksichtigen werden können, wie es im heiderseitigen Interesse, namentlich zur Förderung der Arbeitsfähigkeit, wünschenswert ist. Sofern der Umfang der Arbeitsnachweise eine sachliche Gliederung nicht zuläßt, können Sachbearbeiterinnen durch die männlichen Abteilungen vermittelt werden; doch ist dann für eine genügende Information der männlichen Beamten in bezug auf die besonderen Aufgaben des Arbeitsnachweises für Frauen zu sorgen.

Die Veranziehung von Frauen in die Berufsberatung der Arbeitsnachweise, sowie der Zentralauskunftsstellen erscheint angesichts des Ueberwiegens der weiblichen Arbeiter und der besonderen Aufgaben der Arbeitsberatung für Frauen dringend geboten.

c) Es sind Grundzüge für die Entlassungen von Arbeiterinnen aufzustellen, die für öffentliche Betriebe bindend sind, aber auch den Privatbetrieben, gegebenenfalls durch Vermittlung der Arbeitsverbände, nachdrücklich nahe zu legen sind. Danach ist — soweit nicht besondere sachliche Verhältnisse der Arbeiterinnen vorliegen — zu berücksichtigen, ob sie auf eigenen Erwerb angewiesen sind, und ob sie aus arbeitsunfähigen Berufen (Landwirtschaft, Dienstboten) stammen.

d) Eine zwangsläufige Streckung der Arbeit empfindet sich bei der Unübersichtlichkeit des Wirtschaftslebens nach dem Kriege nur für die Gewerbe, bei denen sie in enge Beziehung zu einer staatlich kontrollierten Rohstoffversorgung gebracht werden kann. Hier ist sie aber von besonderem Wert, weil zu befürchten ist, daß die Unternehmer, um bei der großen Knappheit an Waren als erzie auf dem Markt zu erscheinen, die verfügbaren Rohstoffmengen jeweils so schnell wie möglich aufarbeiten, so daß die Arbeiterschaft zwischen Heberarbeit und Beschäftigungslosigkeit hin- und her geworfen wird. Die Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit würde solche Mißstände verhindern und gleichzeitig die Einstellung von mehr Arbeitern ermöglichen. Sie entspricht auch den Bedürfnissen der Industrie insofern, als diese ein Interesse an der Schaffung eines ausreichenden Arbeiterumwelts für die nach Wundung des Rohstoffproblems zu erwartenden Hochkonjunktur hat. Im übrigen ist den privaten Arbeitgebern die soziale Pflicht, die vorhandenen Arbeitsmengen bei starkem Ueberangebot an Arbeitskräften auf möglichst viele Arbeiter zu verteilen, nahezuzeigen.

e) Zum Zweck der Arbeitsbeschaffung sind geeignete öffentliche Aufträge, namentlich an Näh- und Anstandsungsarbeiten, planmäßig an die Orte und Personalkreise zu leisten, die ihrer bedürfen. Die Verteilung der Heeresnäharbeiten durch das Kriegsministerium gibt einen guten Anhalt für System und Organisation, die im Interesse der Einheitlichkeit der Maßnahmen möglichst zentralisiert sein sollten. Bei der Auswahl der mit Arbeit zu bedenkenden Personen müssen die öffentlichenArbeitsnachweise beteiligt werden. Rohstarbarbeiten sind nur an solche Personen zu vergeben, die ortsnah sind oder nach Aufgabe der kriegswichtigen Arbeit in die Heimat zurückgeführt sind. Zu bevorzugen sind Personen, die in dem betreffenden Gewerbegebiet bereits berufstätig waren.

f) Die Erwerbslosenfürsorge für Frauen ist die unentbehrliche Ergänzung der oben bezeichneten Maßnahmen. Sie muß, soweit vollberufstätige Frauen in Frage kommen, generell geregelt werden unter Berücksichtigung der untenstehenden Gesichtspunkte. Vor allem darf sie nicht wie bisher in den freien Willen der Gemeinden gestellt bleiben, sondern muß zu einer bindenden Verpflichtung ausgebaut werden mit dem Zweck, den Erwerbslosen den notwendigen Lebensbedarf zu sichern. Einheitlicher Regelung für das ganze Reich bedarf die Trägerschaft, die Aufbringung der Mittel, der Kreis der Unterstützten, die Dauer und die Höhe der Unterstützung, bemessen in Sonderfällen des Ortslohnes, sowie die Pflicht zur Arbeit.

(Hier folgen noch ausführliche Vorschläge für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Die Red.)

g) Die Reperate für Frauenarbeit beim Kriegsanst sind nach einer sachlich begründeten Ueberausseil von den Zivilbehörden zu übernehmen. Die Beauftragung aller Maßnahmen der Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Gesundheits-, Wohnungs- und Kinderfürsorge unter dem besonderen Gesichtspunkt der Frauenarbeit, wie sie bei den Frauenreferaten stattfand, hat sich als wertvoller Faktor in der Kriegswirtschaft erwiesen und wird in der Uebergangszeit mit ihren vielfach noch verschärften Problemen vollends unentbehrlich sein. Es müssen daher entsprechende Stellen, am besten im Zusammenhang mit den zu Landesarbeitämtern auszubauenden Zentralauskunftsstellen, geschaffen werden, mit einer Spitze im Reichswirtschaftsamt.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. März 1918.

Das Verbandsadressenverzeichnis ist nunmehr fertiggestellt und gelangt in diesen Tagen zum Versand. Jeder Ortsverband erhält ein

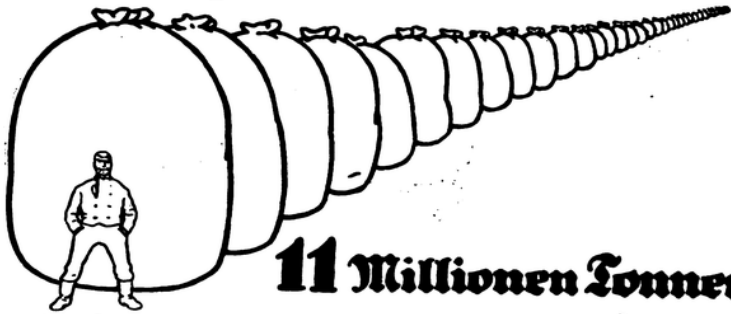
Exemplar unentgeltlich zugesandt. Es ist aber eine etwas größere Auflage bestellt worden, so daß auch den einzelnen Ortsvereinen, wenn auch nur in beschränkter Anzahl, das Verbands-Adressenverzeichnis zur Verfügung gestellt werden kann. Mit Rücksicht auf den Krieg und den dadurch

bedingten häufigen Wechsel in den Vorstands-ämtern sind allerdings die Adressen der einzelnen Ortsvereine nicht darin enthalten. Das Adressenverzeichnis erscheint vielmehr nur in dem Umfange wie in den letzten beiden Jahren. Trotzdem bildet es ein unentbehrliches Hilfsmittel bei der

Z. L.

Deutschlands jährliche Kohleförderung

beträgt:



11 Millionen Tonnen

- die Gesamtförderung aller übrigen Länder nur: 0

Deutschlands Kohlenlager

betragen:



423,4 Milliarden Tonnen

Englands:



189,5 Milliarden T.

Auf solchen Wirtschaftskräften beruht die Sicherheit der Kriegsanleihen - darum **zeichne!**

Arbeit für unsere Organisation. Der Preis für das Exemplar beträgt mit Rücksicht auf die erheblich gesteigerten Herstellungskosten 15 Pf. Bestellungen bitten wir schon jetzt unter gleichzeitiger Einfindung des Betrages an den Verbandskassierer Kollegen Rudolf

Stein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, zu richten.

* * *
Ludendorff-Spende für Kriegsschädigte.
Unter diesem Namen wird in Kürze eine allgemeine große Sammlung an die Öffentlichkeit

treten. Keineswegs will und soll etwa die Ludendorff-Spende für Kriegsschädigte das Reich in Erfüllung seiner Pflichten gegenüber den Kriegsschädigten entlasten; sie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die

Kriegsanleihe ist die Brücke zum Frieden!

Ohne Kriegsanleihe kein Sieg, ohne Sieg kein Frieden!

